

Vorlage Nr. 101.19.264

2. November 2021
1 von 2

Ausweitung der Solarnutzung - Entwurf einer Solarsatzung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich als wichtigen Baustein für den Klimaschutz und eine Energiekostensenkung für einen forcierten Ausbau von Solaranlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung auf geeigneten Dachflächen aus.
2. Der Magistrat wird gebeten, eine entsprechende Solarsatzung zu entwerfen, die den Ausbau auf allen geeigneten Dächern von Neubauten zum Ziel hat. Der Focus liegt dabei auf öffentlichen Gebäuden, gewerblich genutzten Gebäuden, Gebäuden des mehrgeschossigen Mietwohnungs- und Eigentumsbaus sowie auf geplanten Neubaugebieten.
3. Um auch den Solarausbau bei umfassenden Dachsanierungen bei Bestandsbauten voranzubringen, wird der Magistrat gleichzeitig gebeten, ein Förderszenario zu entwickeln, das den Anreiz zur Nutzung dieser alternativen Energiegewinnung steigert. Darin sind auch die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH sowie Bürgerenergiegenossenschaften einzubeziehen, damit den betreffenden Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten eröffnet werden, Stromkosten zu sparen oder Einnahmen aus Dachflächenverpachtung zu erzielen.
4. Der Magistrat wird gebeten, vorab im Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie über die derzeit geltenden bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen zu berichten, die einer kommunalen Solarsatzung zu Grunde zu legen wären. Dabei sind auch mögliche anstehende Neuregelungen auf Bundesebene und sich ggf. daraus ergebende weitere Gestaltungsmöglichkeiten in die Erörterung und die Gestaltung einer Satzung einzubeziehen. Übergangsfristen sind entsprechend zu berücksichtigen.

Begründung:

Ziel einer Solarsatzung soll sein, den Anteil erneuerbarer Energien an der Strom- und Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden, gewerblich sowie für Wohnzwecke genutzten Gebäuden, ergänzend zu freiwilligen Maßnahmen, im Bestand zu erhöhen. Neben dem Klimaschutz helfen Solaranlagen auf den Dächern die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger zu senken und unabhängig von den schwankenden Preisen auf dem Energiemarkt zu werden. Investitionskosten bei Neubauten oder Dachsanierungen können durch Verpachtungsmodelle mit den Städtischen Werken oder mit Energiegenossenschaften reduziert werden. Durch die Verpachtung des eigenen Daches können zusätzliche Einnahmen generiert werden. **Der Klimaschutzrat hat eine entsprechende Maßnahmenempfehlung bereits beschlossen.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Eva Koch

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende SPD

Wolfgang Decker
Fraktionsvorsitzender
SPD